

Neue Satzung zur Straßenreinigung in Hornow-Wadelsdorf

Hornow-Wadelsdorf Die Gemeinde Hornow-Wadelsdorf hat jetzt eine eigene Straßenreinigungssatzung mit Straßenverzeichnis. Darin ist geregelt, an welchen Straßen und Wegen die Anlieger welche Reinigungspflichten wahrzunehmen haben, inklusive der Pflichten zum Schneeräumen.

Demnach gehört der größte Teil der 33 Straßen und Wege in den beiden Ortsteilen Hornow und Wadelsdorf der Reinigungskategorie eins an: Die Fahrbahn reinigt die Gemeinde, den Fußweg der Anlieger.

„Diese Satzung hat rein gar nichts mit Gebühren für Winterdienst oder Ähnlichem zu tun. Sie regelt lediglich die Pflichten der Anlieger“, erklärte Ines Lutzens von der Amtsverwaltung Döbern-Land kürzlich vor den Gemeindevertretern. Bisher waren die Reinigungspflichten in Hornow-Wadelsdorf lediglich allgemein über eine ordnungsbehördliche Verordnung des Amtes festgeschrieben. Ab sofort besteht nun allerdings eine Satzung, mit der auch Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße bis zu 1000 Euro geahndet werden können.

Ein herber Schlag für die Demokratie

Ein herber Schlag für die Demokratie Jens Reinkensmeier aus Hornow schreibt zum Beitrag „Eklat wegen Stasibericht in Hornow“ (LR, 26. Januar 2012) über die jüngste Gemeindevertreterversammlung in Wadelsdorf. Dort hatte eine Abgeordnetenmehrheit die Offenlegung des Stasi-Abschlussberichtes verhindert:

Der Beschluss der Abgeordneten ist ein kleiner Sieg für die Seilschaften, aber eine herber Schlag für die Demokratie. (...) Die kreisliche Kommission zur Stasi-Überprüfung der Abgeordneten, die für diese Aufgabe extra gerufen wurde, besteht aus integren Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und allen politischen Richtungen. Gemeinsam haben sie eine eindeutige Stellungnahme zu dem Problem in Hornow abgegeben. Welche Beweggründe gibt es nun also, dieser Empfehlung nicht zu folgen? Und die Mehrzahl der Gemeindevertreter beschließt genau das. Wir Bürger können nicht umgehen mit dem, was Herr Schimmack getan hat? Ist das gelebte Demokratie? Meint die Bürgermeisterin, Frau Leesker, das, als sie im Januar 2011 sagte: „Ihr müsst doch erst einmal Demokratie lernen.“

Der wütende Auszug eines Gemeindevertreters und mehrerer Bürger aus der Beratung ist vielleicht einfach nur zu pingelig? Die Mehrzahl der Gemeindevertreter unter Führung der Bürgermeisterin macht die Demokratie und der Rest sollte einfach den Mund halten. . .

Was tun? Im Doppeldorf kochen die Gerüchte hoch. Von Stasi-Zellen ist die Rede und von noch mehr „Mitarbeitern“. Die Diskussion wird sehr emotional geführt und selbst bei früheren Unterstützern tritt mittlerweile Unverständnis zu Tage. Offensichtlich passen die früheren Verlautbarungen und der Bericht der Prüfungskommission des Kreises einfach nicht zusammen. Keiner versteht, warum sich die Gemeindevertretung so vehement gegen die

Offenlegung wehrt.

Wahrscheinlich hätten sich noch im letzten Jahr überhaupt nicht so viele mit diesem Problem beschäftigt. Da es aber mittlerweile so viel Lärm gibt, muss ja irgendetwas dran sein. Vielleicht wächst nach einiger Zeit Gras über die Stasi, vielleicht zieht Herr Schimmack doch selbst die Konsequenzen. Wie jedoch die Gemeindevertretung und die Bürgermeisterin aus dieser undemokratischen Kiste wieder heraus kommen wollen, erwarte ich schon mit Spannung.